Schutzzonen für Christen und Jesiden im Nahen Osten gefordert

15. Dezember 2016

Berlin/Straßburg (KNA) Die Union und die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) rufen auf, mehr für das christliche Leben im Nahen Osten zu tun. Der Vorsitzende der Unionsfraktion, Volker Kauder (CDU), erklärte am Dienstag in Berlin, Deutschland und Europa müssten sich dafür einsetzen, dass christliches Leben in den Ursprungsregion des Christentums weiterhin möglich sei. Die Lage der Christen im Irak sei dramatisch. „Wir müssen alles daran setzen, um eine Rückkehr der Christen und Jesiden in der Ninive-Ebene zu ermöglichen“, so Kauder. Die Christen benötigten dringend finanzielle Unterstützung für den Wiederaufbau. Kauder hatte zuvor den Erzbischof der chaldäisch-katholischen Kirche in Erbil, Bashar Warda, in Berlin getroffen. Er betonte, es nötige ihm „allerhöchsten Respekt ab, wie die christlichen Kirchen den geflüchteten Christen helfen“. Auch der CDU-Abgeordnete Heribert Hirte sprach mit Blick auf den Irak von einer „Wiege des Christentums“. Hirte äußerte sich skeptisch dazu, ob eine Schutzzone für diese Gruppe sowie für andere verfolgte Minderheiten eingerichtet werden solle, da diese auch wieder militärisch verteidigt werden müsse. Im Gegensatz dazu sprach sich der Vorstandsvorsitzende der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), Martin Lessenthin, für die Einrichtung einer solchen Schutzzone aus. Zudem müsse in den betroffenen Ländern mehr für die Bildung von Kindern und Heranwachsenden getan werden. Auch bräuchten die Regionen eine wirtschaftliche Perspektive. Wenn diese Voraussetzungen gegeben seien, könne man auch Flüchtlinge zu einer Rückkehr bewegen. Lessenthin betonte, die Bundesregierung müsse sich offensiver dafür einsetzen, damit die Heimat orientalischer Christen und anderer Minderheiten nicht endgültig für Nichtmuslime unbewohnbar werde. Derzeit würden die eigentlichen Ursachen für die Verdrängung und Vertreibung von Christen und Jesiden „praktisch nicht angegangen“. Die verantwortlichen Regierungen beließen es bei freundlichen Gesten und Symbolpolitik, handelten aber nicht. Notwendig sei „eine echte Auseinandersetzung mit dem islamischen Fundamentalismus und eine echte Chancengleichheit für Minderheiten“. Ähnlich äußerten sich die Sacharow-Preisträgerinnen Nadija Murad Bassi Taha (23) und Lamija Adschi Baschar (19). Sie setzten sich bei der Preisverleihung in Straßburg für eine Schutzzone für die Jesiden im Norden des Irak ein. Nur auf diese Weise könnten Tausende Jesiden, die derzeit noch im Nahen Osten lebten, geschützt werden, sagte Murad Bassi Taha. Sie verurteilten zugleich die systematische Entführung und Versklavung von Kindern und Frauen durch die islamistische Terrorgruppe „Islamischer Staat“.

(KNA – qlmln-89-00140)

Stand: 27. November 2026